



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Stefan Schuster, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tas-delen, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert** und Fraktion (SPD)

Beförderungen zu A 9 mit Amtszulage im Polizeibereich

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich, wenn möglich bis Ende Juni 2014 die angekündigte abschließende Bewertung der rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten für die gestoppten Beförderungen nach A 9 mit Amtszulage bei der Bayerischen Polizei vorzunehmen, zu beschließen und die zum 1. Juni 2014 möglich gewesenen Beförderungen rückwirkend vorzunehmen.

Begründung:

Die für den 1. Juni vorgesehenen Beförderungen zu A 9 mit Amtszulage im Polizeibereich wurden, auf Grund eines Gerichtsurteils – wonach Mindestaltersgrenzen kein Beförderungskriterium sein dürfen – gestoppt. Besonders betroffen sind Polizistinnen und Polizisten, die sich derzeit an der Fachhochschule zur Ausbildungsqualifizierung für die 3. QE befinden. Würde die Beförderung noch im Juni 2014 rückwirkend erfolgen, würde den beförderten Beamteninnen und Beamten kein Nachteil entstehen.